



Stadt Dortmund

MEDIENINFORMATION

Pressestelle der Stadt Dortmund
Michael Meinders (verantwortlich)
Friedensplatz 3, 44137 Dortmund
Telefon: +49 (0)231/ 50-2 21 34
E-Mail: pressestelle@stadtdo.de
Web: dortmund.de/presse

29.8.2023

1505. Zuwanderung aus Südosteuropa: Bericht informiert über den Sachstand 2023 – Forderungen an Land und Bund

Um die Folgen, die die EU-Beiträge Bulgariens und Rumäniens für Dortmund haben, geht es im jährlichen „Sachstandsbericht Zuwanderung aus Südosteuropa“. Der Verwaltungsvorstand leitete den Bericht für das Jahr 2022 heute an die politischen Gremien weiter.

Bevölkerungsentwicklung

Im vergangenen Jahr ist die Zahl von Menschen mit bulgarischer oder rumänischer Staatsangehörigkeit in Dortmund weiter gestiegen. Ende Dezember 2022 waren 11.720 EU2-Angehörige gemeldet, das entspricht einem Anstieg um 7,2 Prozent. Zum Vergleich: 2015 hatte der Anstieg noch bei 20,1 Prozent gelegen. Der Anteil von Rumänen und Bulgaren an der Dortmunder Gesamtbevölkerung stieg leicht auf 1,9 Prozent (2021: 1,8 Prozent).

Der Bericht belegt deutliche Unterschiede zwischen einzelnen Städten. Die meisten EU2-Zuwander*innen leben in München (rund 32.850), Duisburg (gut 25.600) und Nürnberg (über 22.900). Die größten Zuwächse im Vorjahresvergleich gibt es in Duisburg (+ 1.740) und Nürnberg (+ 1.624). Die Bevölkerungsanteile waren 2022 am höchsten in Offenbach (7,6 Prozent), Duisburg (5,1 Prozent) und Gelsenkirchen (4,3 Prozent).

Deutlich verringert hat sich im Laufe der vergangenen Jahre die Wanderungsdynamik. Sie errechnet sich aus der Gesamtzahl der Zuzüge und Fortzüge und lag 2022 bei rund 5.000 Zu- und Abwanderungen (2015: 10.500).

Integration in den Arbeitsmarkt

Für viele aus den EU2-Staaten zugewanderte Menschen ist es schwierig, sich schnell in Dortmund zurecht zu finden - zum Beispiel, weil die sprachlichen, schulischen und beruflichen Voraussetzungen fehlen. „Nach wie vor benötigen wir dringend nachhaltige Angebotsstrukturen, um EU-Bürger*innen bei der Integration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen“, sagt Sozialdezernentin Birgit Zoerner. „Das gelingt nur mit Sprachkursen und anderen Qualifizierungen, die noch immer nicht existieren.“ Als Leiterin der „Arbeitsgruppe Zuwanderung“ beim Deutschen Städtetag setzt sie sich auf Bundesebene dafür ein.

„Über den Deutschen Städtetag fordern wir seit rund zehn Jahren, dass die Arbeitsmarktförderungsinstrumente der Arbeitsagenturen und der



Stadt Dortmund

MEDIENINFORMATION

Pressestelle der Stadt Dortmund
Michael Meinders (verantwortlich)
Friedensplatz 3, 44137 Dortmund
Telefon: +49 (0)231/ 50-2 21 34
E-Mail: pressestelle@stadtdo.de
Web: dortmund.de/presse

Jobcenter auch der Gruppe der EU2-Zuwander*innen zur Verfügung stehen können. Nur so können wir den Unionsbürgerinnen und -bürgern, die in unseren Städten bleiben und ihren Lebensunterhalt aus eigener Arbeit finanzieren wollen, Perspektiven eröffnen. Viele der Menschen werden bleiben, Zu ihrer Integration gibt es keine sinnvolle Alternative.“

Dringend benötigte Landesfinanzierung fehlt

Ein großer Teil der Menschen müsse jedoch mit wiederkehrender Arbeitslosigkeit zurechtkommen, so Zoerner. Für jeden Einzelnen sei es immer wieder eine Enttäuschung, wenn der Job nach einem Schritt in den Arbeitsmarkt dann doch wieder wegbreche.

„Das Land hat Ende 2020 die Finanzierung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) für das Projekt zur Stärkung der Erwerbsteilhabe eingestellt. Das wirkt immer noch nach. Denn dadurch sind 15 Beschäftigte auf 10 Projektstellen weggefallen. Mit diesen Stellen haben wir in Dortmund im Verbund aus Stadt, freien Trägern und Jobcenter ein breites Maßnahmenbündel umgesetzt, um die Menschen für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren, ihre Erwerbsintegration voranzubringen und ihre Lebenssituation zu stabilisieren. Bis heute gibt es keine Kompensation dieser Förderlücke“, kritisiert Zoerner. Das betrifft auch andere Städte. Das Land sei aber bisher nicht bereit, hier gemeinsam Lösungen zu entwickeln, so Zoerner. Im Ergebnis bleiben viele neuzugewanderte Familien ohne die Unterstützung, die sie brauchen.

Trotzdem gibt es positive Tendenzen in der Arbeitsmarktintegrationen. So ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten EU-Bürger*innen im Jahr 2022 deutlich gestiegen, von 2.900 auf 3.523 im September 2022. In der Folge sanken auch die Arbeitslosen- sowie die Hartz IV-Quoten (seit 2023: Bürgergeld). Dennoch liegen beide Quoten weiterhin deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Medizinische Versorgung

Seit 2016 finanziert das Land eine „Clearingstelle Gesundheit“. Sie prüft, ob die Zuwander*innen in eine deutsche Krankenversicherung aufgenommen werden können. Im vergangenen Jahr war dies in Dortmund für weitere 480 Familien der Fall. Insgesamt sind damit seit dem Start im Jahr 2016 über 2.000 Überleitungen gelungen.

Wohnraum schaffen und vermitteln

Zugewanderte Menschen haben ohne Unterstützung kaum Chancen auf dem Wohnungsmarkt. Eines der wichtigen Ziele lautet daher, den Zugang zu bedarfsgerechten Wohnungen zu ermöglichen. Dafür hat die Stadt u.a. die Wohnungszugangsstrategie zur Stärkung der Quartiere entwickelt, die 2022 weiter umgesetzt wurde.



Stadt Dortmund

MEDIENINFORMATION

Pressestelle der Stadt Dortmund
Michael Meinders (verantwortlich)
Friedensplatz 3, 44137 Dortmund
Telefon: +49 (0)231/ 50-2 21 34
E-Mail: pressestelle@stadtdo.de
Web: dortmund.de/presse

Die 2019 gegründete Viertelwerk gGmbH erwirbt verwahrloste Immobilien in der Dortmunder Nordstadt im Erbbaurecht von der Stadt Dortmund, saniert sie und schafft Wohnraum auch für große Familien, indem beispielsweise kleinere Wohnungen zusammengelegt werden.

Die Sanierung des Gebäudes am Nordmarkt 3 mit zehn Wohneinheiten ist mittlerweile abgeschlossen. Die 16 Sozialwohnungen in den Häusern Mallinckrodtstraße 55 und 57 sollen nach ihrer Sanierung Ende dieses Jahres bezugsfertig sein.

„Bei der Sanierung werden Langzeitarbeitslose beschäftigt und qualifiziert, die später teils selbst in die fertigen Wohnungen einziehen. Die sanierten Häuser strahlen weit in den Stadtteil und werten die Quartiere auf“, sagt Birgit Zoerner.

Vernetzt zum Erfolg

„Wir kommen immer da voran, wo wir vernetzt arbeiten und alle Verantwortlichen ihr Wissen und ihre Ressourcen einbringen. Das klappt hier vor Ort in ganz herausragender Weise“, sagt Zoerner. „Bei Land und Bund, die ja einen Großteil der Rahmenbedingungen setzen, funktioniert das jedoch nicht ausreichend.“

Die Arbeitsgruppe Zuwanderung des Deutschen Städtetages unter Zoerners Vorsitz hat gemeinsam mit dem Bundesarbeitsministerium Anfang des Jahres damit begonnen, Lösungsansätze für die Arbeitsmarktintegration zu entwickeln. Die Arbeitsverwaltung vor Ort sowie Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger sind daran beteiligt. „Das ist längst überfällig – mit Blick auf die Westbalkanerweiterung, aber auch auf den Fach- und Arbeitskräftemangel. Das sollte den Bund in Bewegung bringen“, sagt Birgit Zoerner.

Pressekontakt: Anke Widow